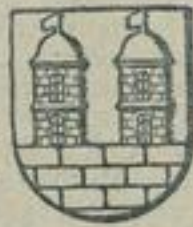


Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Alle Postämter, Postträger und Geschäftsstellen sind an den Bezugsstellen. Im Krieg oder sonstigen Notfällen wird die Ausgabe des Tagesblattes durch den Postträger in den Bezugsstellen gesichert. Einzelnummern 10 Hg. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Preis 1,- RM. Einzelnummern 10 Hg. Die Wilsdruffer Zeitung wird durch den Postträger in den Bezugsstellen gesichert. Einzelnummern 10 Hg. Die Wilsdruffer Zeitung wird durch den Postträger in den Bezugsstellen gesichert. Einzelnummern 10 Hg.

Anzeigenpreis: die 8erzeilige Raumzeile 20 Rpf., die 4erzeilige Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 4erzeilige Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 4erzeilige Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Wilsdruffer Zeitung wird durch den Postträger in den Bezugsstellen gesichert. Einzelnummern 10 Hg.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 70 — 91. Jahrgang Seleg.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2840 Mittwoch, den 23. März 1932

Die Finanznot der Gemeinden.

Die Ziffer der zahlungsunfähigen Gemeinden in Deutschland ist auf eine furchtbare Höhe gestiegen. Wenn die Kommunalverwaltungen ihren Verpflichtungen nur tropfenweise nachkommen, nur „auf Stottern“ zahlen, vom Reich oder von den Ländern Zuschüsse fordern und — bisweilen — erhalten, so ist dies tatsächlich nichts anderes als kaum noch verbüllte Zahlungsunfähigkeit. Die Einstellung von Zinszahlungen z. B. ist gar keine Seltenheit mehr, und wenn erst gegen eine einzige preussische Gemeinde der Antrag auf Einleitung des Konkursverfahrens gestellt ist, so liegt das bloß daran, daß die Gläubiger genau wissen, sie würden mit einem Konkursantrag nicht viel mehr herausholen als bisher, nämlich gar nichts. Wechseln gegen Großstädte, selbst nur über ganz geringe Summen, sind keine Seltenheit mehr und furchtbar rächt sich so manche Last, die man in besseren Zeiten leicht übernahm und leicht tragen zu können glaubte. Denn hinzugekommen sind ja für die Gemeinden die zur entsetzlichen Höhe emporgestiegenen Belastungen durch die Fürsorge für die Erwerbslosen.

Der Präsident des Deutschen Städtetages, Mülert, hat auf dem Presseempfang der Arbeitsgemeinschaft aller kommunalen Spitzenverbände ganz offen erklärt, daß nur noch sehr wenige Gemeinden ihren finanziellen Verpflichtungen voll nachkommen. Bei den anderen erfolgt dies teils „auf Stottern“, teils gar nicht. Daß die Gemeinden unter diesen Umständen nur vorstufmäßig bis zum 1. April einen verünftigen Haushaltsplan aufstellen sollten, ist um so unzumutbarer, als sie gar nicht wissen, wieviel sie vom Reich z. B. aus den großen Überweisungsstellen erhalten werden, deren Erträge ja zu mehr als zwei Dritteln an die Länder und Gemeinden weitergeleitet werden. Der Januar mit dem schlech geordneten und vielfach ganz unzureichenden Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden ist zu einem schrillen Behegehre dieser letzten Instanzen geworden, die nicht mehr aus noch ein wissen, und auf deren Köpfen die übergeordneten Stellen — also Reich und Länder — sich zu sanieren oder zum mindesten finanziell im Gleichgewicht zu erhalten versuchen. Unrecht hat Präsident Mülert mit der Behauptung wirklich nicht, daß dieser Finanzausgleich in den letzten Jahren ständig zu Ungunsten der Städte geändert wurde, — aber unrecht hat schließlich auch die Reichsregierung nicht, wenn sie, auch schon wegen der Rückwirkung auf die Währungsstabilität, sich rücksichtslos darauf bedacht ist, den eigenen Haushalt, so gut oder so schlecht es eben gehen will, unbedingt im Ausglichen zu halten. Man rechnet — sicherlich nicht übertrieben pessimistisch — mit einem Gesamtfehlbetrag von rund einer Milliarde für 1932 bei den deutschen Gemeinden und Gemeindeverbänden.

Ein paar als Provisorium gedachte Vorschläge sollen wenigstens über die allernächste Zeit hinweghelfen, in der sich sonst die Zahl der am Ende der Kräfte befindlichen Gemeinden vervielfachen müßte. Kommunale Steuern hat man ja genug zur Verfügung, — bloß deren Ertrag ist trotz festesten Anziehens der Steuerfahne in schnellem Schwinden. Die Ausgaben in den Gemeindehaushalten sind überall mit einer Schärfe zusammengestrichen, die für weitere Ersparnisse keinerlei Möglichkeit mehr offenläßt. Es ist zwecklos, heute darüber „Leichenreden“ zu halten, daß es mit dieser Politik der Sparbarkeit früher nicht so gut bestellt war! Immer und überall sind ja die Lasten für die Erwerbslosen ganz unerrätlich geworden, müssen aber trotzdem getragen werden. Und gerade die Zahl der Wohlfahrtsverbände, diejenigen also, die der kommunalen Fürsorge anheimfallen, wächst und wächst ganz unheimlich. Für die Arbeitslosenversicherung braucht das Reich Zuschüsse kaum noch zu leisten und bei der Arbeitsfürsorge, die zu einem Fünftel von den Gemeinden gezahlt werden soll, sitzen von diesen zu Gebühnernen wohl die meisten beim Reich erheblich in der Arde.

Daß daher namens der Mehrheit der kommunalen Spitzenverbände Präsident Mülert sich wieder den Vorschlag zu eigen macht, daß nur eine Zusammenlegung der gesamten Erwerbslosenfürsorge und deren Finanzierung durch das Reich den Gemeinden helfen könne, ist zwar zu versprechen, dürfte aber überall dort auf scharfen Widerspruch stoßen, wo man zum mindesten an der Arbeitslosenversicherung festhalten will, die man vor vier Jahren — in besseren Zeiten — als den Schlüssel im stolzen Gebäude der deutschen Sozialpolitik bezeichnete. In diesem Bau sind aber schon mehrere Grundsteine leider sehr bröcklig geworden, und zur notdürftigen Ausbesserung die Mittel heranzuziehen ist der Reichsregierung auch nur noch dadurch möglich, daß sie irgendwo ein neues Loch aufreißt, um das alte zuzustopfen. Und — um den Kreis zu schließen — weiß heute niemand zu sagen, was selbst die allernächste Zukunft wirtschaftlich und damit auch finanziell bringen wird. Rückblickende Vorwürfe über das Aufschreiben einer rechtzeitigen Reform lassen sich leicht und berechtigt machen, aber damit kommt man keinen Schritt vorwärts. Wir sind auf radikalste Eingriffe gefaßt, da die Lage der Gemeinden es einfach verbietet, bloß den Mund zu spitzen. Es muß gepflastert werden, und zwar laut und gellend.

Europafragen — Donaufragen.

Volkschaffter Sackett über die Tribute und Schulden.
Der Berliner amerikanische Volkschaffter Sackett gewährt einem Vertreter des „Tempo“ eine Unterredung, in der er über die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands erklärte, daß das Reich die augenblicklichen Schwierigkeiten sehr wohl überwinden könne, wenn man ihm die unbedingt notwendigen Kredite zur Verfügung stelle. In der Tribut- und Schuldenfrage wies Volkschaffter Sackett auf den amerikanischen Standpunkt hin, wonach die europäischen Staaten sich zunächst unter sich einig werden müßten, um auf die Unterstützung Amerikas rechnen zu können. Außerdem würde jede amerikanische Hilfe nur im Interesse der allgemeinen wirtschaftlichen Wiederbelebung erfolgen. Amerika werde sich niemals zu Opfern bereit erklären, die nur dem einen oder dem anderen Staate zugute kämen. Auf der Lausanner Konferenz werde sich Amerika auf keinen Fall auch nur durch einen Beobachter vertreten lassen. Die Schaffung einer Donauföderation werde von Amerika als eine rein europäische Angelegenheit betrachtet und interessiere dort nur soweit, wie sie sich auf die Handelsverträge beziehe, die Amerika mit den Donaustaaten abgeschlossen habe.

Nur mit Berlin und Rom zusammen.
Bemerkenswerte Äußerungen Benesch's.
In den Außenministerien beider Häuser des Prager Parlaments erstattete Außenminister Benesch Bericht über die Beratungen des Völkerbundes, dem es wenigstens gelungen sei, die Einstellung des Kampfes bei Schanghai und die Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Japan und China durchzuführen. Was die Abrüstungskonferenz betreffe, so habe ihre erste Phase besser abgeschlossen, als man erwartetete. Schwierigkeiten werde es erst nach Wiederaufnahme der Arbeiten im April geben. Italien nehme den allzu abstrakten Standpunkt ein, man brauche nur abzurufen, und daraus würde die wahrhafte Sicherheit entspringen. Auf die weiteren Ergebnisse werde die Entwicklung der Dinge im Deutschen Reich nicht ohne Einfluß sein. Ohne Sicherung der bestehenden Verträge (!) könne man jedenfalls nicht an eine ernste Abrüstung denken. Die Tschechoslowakei sei bereit, mit allen übrigen Staaten etappenweise abzurufen, wenn die europäische Sicherheit garantiert sei. Das Ergebnis der Konferenz werde nicht übermäßig sein, denn die allgemeinen politischen Verhältnisse seien zu schwierig.

Zur mittteleuropäischen Wirtschaft.

Die Goethe-Gedächtnisfeier in Weimar.

Professor Petersen spricht.
In der Weimarerhalle in Weimar fand am Sterbetage Goethes die große Goethe-Gedächtnisfeier, an der auch Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsinnenminister Dr. Groener teilnahmen, statt. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Gedächtnisrede des Präsidenten der Goethe-Gesellschaft, Prof. Dr. Julius Petersen, der in etwa eineinhalbstündiger Rede ein Bild des Menschen und Dichters Goethe entwickelte. Umrahmt wurde die Gedächtnisrede von Gesangsvorträgen des Thomanerchors aus Leipzig unter Leitung von Professor Dr. Karl Straube.

Prof. Dr. Petersen wies darauf hin, daß das 18. Jahrhundert trotz Friedrich dem Großen und Napoleon, trotz Kant und Hegel, trotz Mozart und Beethoven nach seinem geistigen Gewicht und bleibenden Gehalt als das Zeitalter Goethes bezeichnet werde. Es sei das Jahrhundert einer deutschen Renaissance, die in Weimar ihren Gipfel erreichte, das Jahrhundert eines geistigen Universalismus, wie er in Goethe seine letzte große Verkörperung gefunden habe. Das Jahrhundert seit Goethe, das sehr ende, könne gleichfalls sein Jahrhundert genannt werden, soweit es in seinem Anblick lebe. Diesem Jahrhundert sei es verdankt gewesen, die volle Größe Goethes zu erkennen. Professor Petersen kennzeichnete dann im einzelnen das tiefe Wissen des großen Weissen Goethe, der alles kommen sah, was nun gekommen sei. Er habe eine Altersentartung der Menschheit gesehen in der Anhäufung in den Großstädten, und er habe die gesunde Volkstraß des Landvolkes herbeigerufen, um die verkümmerte Menschheit wieder aufzurichten.

Mißverständen in seinem vaterländischen Fühlen, habe er den trübenden und seihen Stauben an die Zukunft seines Volkes niemals verloren. Heute sei dieses große Volk niedergedrückt und gedemütigt, auseinandergerissen und in seiner Dauer gefährdet. Aber es werde immer bestehen in seinem großen Lebensglauben. Am Todestage des letzten großen Weltbüchers sei auch die Menschheit niedergedrückt und auseinandergerissen. Die verkümmerte Volkskraft des Triumphes des rein Menschlichen aber sei zum einigenden Symbol der ganzen Menschheit geworden.

gemeinsam erklärte Dr. Benesch, zunächst müßten die Großmächte unter sich einig sein. Wenn Berlin und Rom der französischen Anregung nicht zustimmen würden, werde sich die Tschechoslowakei an nichts beteiligen. In der Ablehnung jedes politischen Bündnisses a priori sei die Kleine Entente einig.

Der Memel-Landtag aufgelöst.

Nachdem im Memelländischen Landtag ein Mißtrauensantrag gegen das Landesdirektorium Simaitis mit 22 gegen 5 Stimmen der Litauer angenommen worden war, löste Landespräsident Simaitis auf Grund des Art. 13 des Memelstatuts den Landtag auf.

Die entscheidende Sitzung des Landtages.

Unter großem Andrang des Publikums begann unter Vorsitz des Landtagspräsidenten von Dreßler die entscheidende Sitzung des Memelländischen Landtages. Landespräsident Simaitis, der mit seinen drei Landesdirektoren erschienen war, begann sofort mit einer Regierungserklärung, die er unter wiederholtem Gelächter der Mehrheitsparteien zunächst in litauischer und dann in deutscher Sprache verkündete. Er betonte, daß die Verhandlungen mit den Mehrheitsparteien keinen Erfolg gehabt hätten. Das Direktorium werde bestrebt sein, die Bestimmungen des Memelstatuts zu schützen. Sodann gab Simaitis eine Reihe von Versprechungen ab: So eine Kreditgewährung an die Landwirtschaft, den Bau einer Zuderfabrik, Steuer- und Zinsermäßigungen, Ausdehnung des Zwangsversicherungsgesetzes und eine Abänderung des Aufwertungsgesetzes. Der Landesversicherungsanstalt sei von der Zentralregierung ein Darlehen von 1 Million Lit gegeben worden. Die Lehrpläne der Schulen würden auf der alten Höhe bleiben. Die Gleichberechtigung beider Landessprachen werde beibehalten. In der Frage der Beamten fremder Staatsangehörigkeit in Gericht und Schule sagte er, diese Beamten könnten nicht das erfüllen, was die geborenen Memelländer leisteten.

Vor der Annahme des Mißtrauensantrages brachte der Abgeordnete Kraus eine von 16 Abgeordneten der Mehrheitsparteien unterschriebene Erklärung zur Verlesung, in der er es als eine unerhörte Herausforderung des Landtages bezeichnete, daß sich das Landesdirektorium überhaupt vorgefellt habe. Auch die Vertreter der Sozialdemokraten und Kommunisten sprachen sich gegen das Landesdirektorium aus.

Die Wallfahrt zur Fürstengruft.

Nach der außerordentlich eindrucksvollen Rede Prof. Petersens, die starken Widerhall fand, pilgerten die Goethefreunde aus aller Welt, die sich zur Feierstunde eingefunden hatten, zur Fürstengruft auf dem Weimarer Friedhof hinaus: Abgesandte aller Kulturländer der Erde, Volkschaffter, Gesandte, Geschäftsträger, Männer der Wissenschaft und der Kunst, Vertreter der deutschen Länderregierungen, der Kirchen, der Universitäten, der Städte. Als in der Stunde, in der Goethe vor hundert Jahren gestorben ist,

von allen Türmen die Glocken riefen, säumte den Friedhof eine vielhundertköpfige Menge in schweigender Erwartung. In weitem Umkreise um die Fürstengruft, die sich in ein Meer von Blumen verwandelt hatte, tobten Fanale. Nachdem die ehemalige Großherzogin von Sachsen-Weimar, zu ihrer Rechten Staatssekretär Dr. Meißner als Vertreter des Reichspräsidenten und zu ihrer Linken Reichskanzler Dr. Brüning, erschienen war, sprach Professor Petersen kurze Versworte des Gedenkens. Die ehemalige Großherzogin, der Reichskanzler, der Vertreter des Reichspräsidenten und der Präsident der Goethe-Gesellschaft sowie Vertreter der mit Goethe verwandten Familien gingen hinab in das Gewölbe, um die Kränze am Sarge selbst niederzulegen. Die übrigen Abordnungen brachten ihre Blumengaben vor einer Goethebüste in der Grufthalle dar.

Noch lange, nachdem die offiziellen Abgesandten ihre Blumenspenden niedergelegt hatten, kamen Menschen, junge und alte, um Blumen darzubringen. Diese Ehrung Goethes war in ihrer schweigenden Würde die ergreifendste des Goethe-Gedenktages.

Goethemedaille für Kunst und Wissenschaft.

Als Auszeichnung für Verdienste um Kunst und Wissenschaft hat der Reichspräsident eine silberne Medaille gestiftet, die bei den Feierlichkeiten in Weimar erstmalig einer Reihe von Persönlichkeiten verliehen wurde. Die Medaille erhielten u. a.: Der Reichskanzler, die Minister Dr. Groener und Grimme, die thüringischen Minister Kästner und Leuthäuser, die Oberbürgermeister von Leipzig, Frankfurt a. M. und Weimar, die Dichter Stefan